**Presseerklärung 13. September 2014**

**Initiative gegen den Konverter Kaarst / Büttgen / Bauerbahn**

Die Bürgerinitiative Kaarst / Büttgen / Bauerbahn übergab heute Herrn Bürgermeister Moormann 4.500 Unterschriften gegen die Konverteransiedlung in Kaarst. Vergleicht man diese Zahl mit dem Kommunalwahlergebnis, so wäre die Initiative zweitstärkste Kraft im Rat.

Wir fordern weiterhin die Ansiedlung eines Konverters in einem deutlich weniger dicht besiedelten Gebiet. Gerade der Brand des Konverters Ende März 2014 auf der Konverterplattform Borwin Alpha und die seit 6 Monaten andauernde, erfolglose Fehlersuche zeigt mehr als deutlich, dass es sich hier eben nicht um ausgereifte Technik handelt. Ein Brand wird seitens Amprion ja als größtmögliches Risiko bezeichnet. Wie es sich in einem solchen K-Fall mit den riesigen Öltanks oder alternativen Flüssigkeiten verhält, die auf dem Gelände angesiedelt und zur Kühlung notwendig sind, wird bisher nicht beantwortet.

Es ist unverantwortlich, dass die wenigen Naherholungs- und Freiflächen in der Stadt Kaarst, der flächenmäßig kleinsten Stadt im Kreisgebiet, mit solch monströsen Bauwerken „plattgemacht“ werden.

Wieso wird nicht in einem Umkreis >3km zur 380KV Trasse gesucht. Insbesondere das Braunkohlegebiet ist bereits heute an die 380 KV Leitung angeschlossen, so dass hier möglicherweise gar kein Leitungsneubau erforderlich wäre. Dort finden sich sicherlich auch Flächen mit einem deutlich größeren Abstand zur Wohnbebauung.

Gegen die aktuelle Vorgehensweise der Firma Amprion müssen wir uns mit allen Mitteln wehren und fordern alle Bürger auf, die Bürgerversammlung am 24.9 um 18 Uhr im Georg Büchner Gymnasium zu besuchen. Die letzten Entwicklungen bei der Planung der Osttrasse haben gezeigt, was Bürgerwille schaffen kann und wie offen auch die Bundespolitik hier ist.

Jeder betroffene Bürger sollte sich darüber hinaus bereits heute Gedanken machen, wie er reagiert, wenn denn eine Fläche in Kaarst gewählt würde und welche Schadensersatzansprüche er im Falle einer Ansiedlung gegenüber Amprion geltend machen will. Städte jedenfalls erhalten Entschädigungszahlungen für Stromleitungen und auch die in Aussicht gestellte Gewerbesteuerzahlung ist nichts anderes, da eine Summe dieser Größenordnung auf einer entsprechenden Vereinbarung basieren muss.

Und nicht vergessen: Es ist wissenschaftlich umstritten, ob man den Konverter überhaupt braucht und es geht nicht um die Energiewende, sondern um die Einspeisung von Braunkohlestrom.